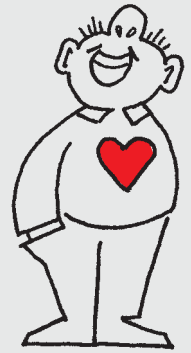


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

1, 2 / 2014

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Wir haben gewählt

Am 11. Januar trafen sich die Mitglieder der LINKEN aus dem Wahlkreis 41 zur Wahl ihrer Direktkandidatin für die Landtagswahl im September 2014 in der Tuchfabrik in Forst.

Über 50 Genossinnen und Genossen aus Guben, Peitz, der Gemeinde Schenkendöbern und aus Forst waren anwesend. Der Ortsverband Forst schlug Anke Schwarzenberg als Kandidatin vor. Weitere Vorschläge gab es nicht. Nach einer ausführlichen Vorstellung ihrer politischen Ziele kam es zu einer intensiven Diskussion, deren Schwerpunkt die Energiepolitik und dabei besonders die Entwicklung neuer Tagebaue in der Lausitz spielte. Genossin Schwarzenberg arbeitet seit vielen Jahren bei Unternehmen, die mit der Kohleförderung beschäftigt waren bzw. sind. Sie stellte klar, dass aus ihrer Sicht der Aufschluss neuer Tagebaue trotz voranschreitender Energiewende immer noch unvermeidlich ist. Dies gilt solange, bis es keine anderen bezahlbaren Alternativen zur Energiesicherung gibt. Dies rief, wie nicht anders zu erwarten, eine intensive Diskussion hervor. Besonders Genossen aus Guben und Schenkendöbern vertraten eine entgegengesetzte Position. Es wurden hier die unterschiedlichen Positionen deutlich, die sich auch in der Gesamtbevölkerung in der Lausitz widerspiegeln. Anke Schwarzenberg stellte aber auch klar, dass der Aufschluss neuer Tagebaue nicht das einzige Problem ist, mit dem wir uns in den nächsten fünf Jahren auseinandersetzen müssen. Ihre hohe soziale Kompetenz und ihr langjähriges politisches Engagement für unsere Partei



Heinz Peter Bischoff (Spitzenkandidat für den Kreistag), Anke Schwarzenberg (Direktkandidatin für den Landtag), Ingo Paeschke (Spitzenkandidat für die Stadtverordnetenversammlung (v.l.n.r.))

fürten bei der Abstimmung zu mehr als 77 % Zustimmung. Sie ist damit die Herausforderin für den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke in unserem Wahlkreis. Im Anschluss wählten die Forster Parteimitglieder ihre Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung und empfahlen dem nächsten Kreisparteitag eine Vorschlagsliste für den Kreistag Spree-Neiße im Wahlkreis Forst. Der Fraktionsvorsitzende in der SVV Ingo Paeschke informierte die Anwesenden über die Arbeit der Fraktion in den vergangenen fünf Jahren. Der Ortsvor-

sitzende Karsten Fedrich stellte das Wahlprogramm vor. Peter Bischoff als Mitglied der Kreistagsfraktion erstattete den Bericht zur Arbeit im Kreistag. In den anschließenden Wahlgängen wurden 19 Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung und sieben Kandidaten für die Kreislistensliste gewählt. Als Spitzenkandidaten wurden Peter Bischoff (Kreistag) und Ingo Paeschke (SVV) nominiert. Die vollständigen Vorschläge finden sie in der unteren Tabelle.

Ortsvorstand Forst

Spruch des Monats

»Nichts kann den Menschen mehr stärken, als das Vertrauen, das man ihm entgegenbringt.«

Paul Claudel

Kandidatenlisten

für Kreistag Spree Neiße

Peter Bischoff
Doris Dreßler
Ingo Paeschke
Karsten Fedrich
Kai Grund
Andre Müller
Hartmut Kaschke

für SVV Forst

Ingo Paeschke
Katrin Nitschke
Cornelia Janisch
Heinz-Peter Bischoff
Doris Dreßler
Karsten Fedrich
Elke Schubert
Kai Grund
Elke Krätsch

Andre Müller
Tobias Jachmann
Horst Beier
Peter Bode
Hartmut Kaschke
Wolfgang Franke
Manfred Hungenbach
Norman Nowka
Wolfgang Klenge
Günther Mattern



Niemand verantwortlich

Wie bereits mehrfach berichtet, hatte unsere Fraktion die Vergabe der Aufträge für die Durchführung des

100-jährigen Rosengartenjubiläums beim Bürgermeister und anschließend bei der Kommunalaufsicht hinterfragt.

Mit der Gründung der Unternehmensgesellschaft (UG) bei der Forster Wohnungsbau GmbH wurde die finanzielle Abrechnung der Rosenschau der UG übertragen. Dazu wurde ein Vertrag zwischen Stadt und FWG durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Dieser enthielt nach unserer Rechtsauffassung die klare Regelung, dass die notwendigen Vergaben in Verantwortung der Stadtverwaltung durchgeführt und durch die SVV kontrolliert werden. Im Laufe des Jahres 2013 wurde die SVV dann an keiner einzigen Vergabe beteiligt.

Auf unsere Nachforschungen hin, stellte sich dann heraus, dass die Verwaltung dies nie beabsichtigt hatte. Sie behauptete, dass die Vergaben in der Verwaltung bearbeitet wurden, da es sich aber nicht

um öffentliche Gelder, sondern nur um Spenden handelte, wäre eine Kontrolle der Stadtverordneten nicht erforderlich. Wir stellten fest, dass es zwei unterschiedliche Verträge gab, die beide von den Vertragspartnern unterzeichnet waren. Auf Nachfrage wurde uns erklärt, dass es sich nur um einen bedauerlichen Irrtum handelt. Weder in der Wohnungsbau-Gesellschaft noch in der Stadtverwaltung wird offensichtlich gelesen, was man in verantwortungsvoller Position unterschreibt. Nachdem wir das Problem der Kommunalaufsicht des Landkreises vorgetragen hatten, benötigte diese fast ein halbes Jahr, um eine abschließende Antwort zustande zu bringen.

Im Ergebnis erklärte sich die Kommunalaufsicht für nicht zuständig.

Nach ihrer Auffassung waren die Vergaben Angelegenheit der Unternehmensgesellschaft der FWG. Dies ist eine privatrechtliche Gesellschaft, deren Prüfung nicht in den Aufgabenbereich der Kommunalaufsicht fällt. Gleichzeitig erklärte der Geschäftsführer der FWG, nie eine Vergabe durchgeführt zu haben. Die Gründung der UG hatte das Ziel, die Vorbereitung und Durchführung der Ro-

senschau der Kontrolle der Stadtverordneten zu entziehen. Was letztendlich auch erreicht wurde. Die Unternehmensgesellschaft der FWG haftet übrigens nur bis zu einer Höhe von 1.000 Euro. Wären höhere Defizite entstanden, hätte dafür die Stadt geradestehen müssen.

Die Mehrheit der Stadtverordneten ist mit diesem Verfahren übrigens sehr einverstanden. Der Vertrag der Unternehmensgesellschaft wird um ein weiteres Jahr verlängert.

Es hat sich nun offensichtlich ein neues »Problem« ergeben. Das Rosenjubiläum hat einen sechsstelligen Gewinn erwirtschaftet. Den will man lieber nicht in den städtischen Haushalt überführen.

Zum Dank an die Besucher des Rosengartens aus 2013 werden dafür aber erst einmal die Preise für die Rosengartenfesttage 2014 deutlich angehoben. Die Forster können natürlich die günstigen Dauerkarten erwerben. Wer also die »Nacht der Tausend Lichter« besuchen will, kann wählen zwischen 10 Euro Eintrittspreis oder einer Dauerkarte für 25 Euro. Wir hatten in der Sitzung der SVV beantragt, noch mal die Preise von 2012 festzusetzen. Leider waren wieder mal alle anderen Fraktionen dagegen.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender

Fast am Ende – nach mehr als fünf Jahren

Im Jahr 2008 hat die Stadt Forst fast 75 Prozent ihrer Stadtwerke an die GASAG verkauft. Unsere Partei und Fraktion hielt und hält dies noch heute für einen großen Fehler.

Leider sah das eine große Mehrheit der Stadtverordneten anders. Mit einem Bürgerbegehren versuchten wir den Verkauf zu stoppen. Nachdem die erforderliche Anzahl der Unterschriften zusammengekommen war, musste sich die SVV im September 2008 noch mal mit dem Verkauf befassen und lehnte die Durchführung eines Bürgerbegehrens ab. Dagegen klagten die Initiatoren des Bürgerbegehrens vor dem Verwaltungsgericht. Gleichzeitig wurde Klage erhoben, weil drei Mitglieder unserer Fraktion in der SVV für befangen erklärt wurden und nicht an der Abstimmung zum Bürgerbegehren teilnehmen durften.

Das Verwaltungsgericht gab uns in der Frage der Befangenheit Recht. Die Stadt, also der Bürgermeister, stellte beim Oberverwaltungsgericht einen Berufungsantrag. Dieser wurde jetzt abgelehnt. Das Urteil in diesem Punkt ist endgültig. In der Sachfrage über die

Durchführung des Bürgerbegehrens erhielten wir am Ende nicht Recht. Entscheidend für die Gerichte war, dass bei einer Gerichtsentscheidung nach mehreren Jahren, der Verkauf der Stadtwerke nicht mehr rückgängig zu machen wäre. Wir hätten, so das Gericht, noch in der Zeit der Unterschriftensammlung eine einstweilige Verfügung beantragen müssen, um den weiteren Fortgang des Verkaufsprozesses zu stoppen. Eine solche Verfügung hätte zunächst ca. 3.000 Euro Verfahrenskosten verursacht. Leider haben wir dies damals nicht getan.

Welche Erkenntnisse ziehen wir nun aus diesen Gerichtsverfahren?

Erstens gilt es, mit allen rechtlichen Mitteln aktiv zu werden, wenn man Privatisierungen öffentlicher Unternehmen aufhalten will.

Zweitens wissen wir nun aus eigener Erfahrung, dass die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand bei Prozessen fast unbegrenzt sind. Bürgerinnen und Bürger, die als Kläger auftreten, müssen die Prozesskosten aus eigener Tasche finanzieren. Die »Waffengleichheit« ist damit erheblich eingeschränkt.

Drittens hat sich gezeigt, dass diese rechtliche Auseinandersetzung hilfreich war beim Kampf gegen eine mögliche Privatisierung unseres Krankenhauses.

Auch wenn am Ende nicht alle Fragen zu unseren Gunsten entschieden wurden, war die Arbeit nicht sinnlos, wir würden es wieder tun.

Horst Beier,
Heinz-Peter Bischoff,
Cornelia Janisch,
Ingo Paeschke
als Initiatoren
des Bürgerbegehrens



Karikatur: Mario Lars
aus Eulenspiegel Nr. 1/14

Die Stadtverwaltung hat nach zehn Jahren eine neue Abwassergebührensatzung vorgelegt. Darin wird der Preis je m³ Abwasser auf 3,48 € angehoben.

Dies ist nach so langer Zeit leider notwendig, weil der Wasserverbrauch stetig sinkt und die Kosten der Anlagen aber nicht kleiner werden. Andererseits hat der zuständige Eigenbetrieb, entsprechend Recht und Gesetz, alle zwei Jahre neu kalkulieren müssen. Dann wäre der Preisanstieg früher erfolgt, aber eben auch kleiner ausgefallen. Gleichzeitig sollte der Preis für die Einleitung von Regenwasser für 50 m² versiegelte Fläche von 18,25 € auf 27,80 € pro Jahr steigen. Nun hat die Mehrheit der SVV be-

Mathematik kann politisch sein

schlossen, den Abwasserpreis anzuheben, aber den Regenwasserpreis noch einmal zu überprüfen. Dies ist mathematischer Unfug. Die Gesamtkosten des Eigenbetriebes werden aufgeteilt auf die Bereiche Abwasser und Regenwasser. Dazu kommen einige kleinere Nebengebiete. Beim Preis für die Einleitung von Regenwasser werden die entstandenen Kosten durch die versiegelte Fläche geteilt. Dies ergibt den Preis. Es ist dabei vollkommen egal, wie viel Wasser eingeleitet wird. Wenn also die Kosten für das Regenwasser gesenkt werden sollen, müssen die Kosten für das Abwasser er-

höht werden, denn die Gesamtkosten des Eigenbetriebes bleiben unverändert. Die SPD-Fraktion wollte in der SVV die gesamte Vorlage zurück in die Ausschüsse verweisen. Dies hätte Sinn gemacht. Der Finanzvorstand, Herr Handreck, wollte allerdings wenigstens die Erhöhung des Abwasserpreises durchdrücken. Sofort fielen unsere sozialdemokratischen Kollegen um und beschlossen die halbe Satzung. Für die andere Hälfte wird nun nach neuen mathematischen Formeln gesucht. Wir »freuen« uns schon auf diese Debatte.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender

Es ist höchste Zeit, dem europäischen, vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen orientierten Arbeitsmodell ein europäisches Sozialmodell entgegenzustellen, zu dessen wesentlichen Kern auch das Arbeitsrecht gehört.

In Weiterführung der internationalen Konferenz zu Fragen eines europäischen Arbeitsrechts im Jahr 2010 gestalteten Mitglieder der tschechischen und deutschen LINKEN Anfang November des vergangenen Jahres im tschechischen Nova Packa eine zweite Arbeitsrechtskonferenz zum Thema »Braucht Europa einheitliche arbeitsrechtliche Mindeststandards«. Um der Zurückdrängung der sozialen und Arbeitnehmerrechte durch die europäischen Institutionen Einhalt

Europäisches Arbeitsrecht

Arbeitsbesuch zwischen Hoffnung und Vision

zu gebieten, forderten die Teilnehmer, überzeugende Mindeststandards für arbeits- und sozialrechtliche Regelungen auf europäischer Ebene zu definieren. Diese müssen individuell und kollektiv einklagbar sein. »Um Arbeitnehmerschutzrechte wirksam umzusetzen, bedarf es eines neuen Rahmens für das Arbeitsrecht auch auf europäischer Ebene, der nur im Schulterschluss mit den Gewerkschaften durchzusetzen ist«, sagte das Mitglied der Europäischen LINKEN im Europaparlament Jaromir Kohlicek. Eine Resolution mit diesen Inhalten geht

an den Kongress der Europäischen LINKEN im Dezember. Die Konferenzteilnehmer, darunter Parlamentarier der Europäischen LINKEN, tschechische Parlamentsabgeordnete, Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Böhmen und Mähren und des Weltgewerkschaftsbundes beschlossen darüber hinaus, den begonnenen Erfahrungsaustausch weiter zu intensivieren und gemischte Arbeitsgruppen zu bilden.

Steffen Hultsch
Landesarbeitsgemeinschaft
Arbeitsrecht/Arbeitsgesetzbuch

US-Schnüffeleien geschlossen entgegnetreten

Gregor Gysi und Stefan Liebich äußerten sich am 20.01.2014 zur angekündigten Reform der Online-Spionage des Geheimdienstes NSA durch US-Präsident Obama. – Gregor Gysi äußert sich skeptisch zu Obamas Verlautbarungen:

»Das hieße: Von den 80 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürgern sollen sich Herr Gauck und Frau Merkel sicher vor Ausspähung durch die NSA wähen. Das hieße aber auch: Das No-Spy-Abkommen soll vom Tisch sein, denn damit hätten die USA deutsches Recht zu respektieren gehabt. Darüber hinaus kündigt der US-Präsident lediglich einige wenige Änderungen im Umgang mit den von der NSA gesammelten Daten an. Anstatt mutig die überfällige Abkehr vom falschen Kurs der Totalüberwachung anzukündigen, stellt Obama zwar ein Verwaltungsreförmchen seines Skandalgeheimdienstes NSA in Aussicht, greift aber zu kurz und muss befürchten, hierfür im US-Kongress keine Mehrheit zu bekommen. Obamas Ankündigung ist auch keine Freundschaftserklärung an Deutschland, sondern die Aufrechterhal-

tung der unge-rechtfertigten Bewährungsaufgaben für den ansonsten als Verbündeten Genutzten.«

»Ausgerechnet die Präsidentschaft von Barack Obama, dem wie keinem anderen US-Präsidenten nach Kennedy weltweit großes Vertrauen und Sympathie entgegengebracht wurde, wird so zum Sinnbild der Arroganz von Macht. Sein Umgang mit den Schnüffelpraktiken der NSA belastet das Verhältnis zu Deutschland enorm, wenn Abermillionen pauschal unter Terrorverdacht gestellt und selbst Regierungsmitglieder verbündeter Staaten illegal ins Visier genommen werden. Das Versprechen für mehr Transparenz und ein paar juristische Beschränkungen ändern daran



kaum etwas. Regierungschefs befreundeter Staaten nicht mehr abzuhören ist eine Selbstverständlichkeit«, betont Außenpolitiker Liebich. Er fordert, dass angesichts dieser Situation die EU der US-Regierung geschlossen entgegentritt. »Wir brauchen endlich einen gemeinsamen europäischen Bürgerrechtsraum.«

Karikatur: Miriam Wuster, Eulenspiegel Nr. 1/14

Newsletter

Die Oligarchen von Davos

»In Davos trifft sich eine Parallelgesellschaft, die die Grundsätze der Demokratie verachtet«, kommentiert Sahra Wagenknecht das Weltwirtschaftsforum in Davos. Die 1. Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Wie die jüngsten Zahlen der Nichtregierungsorganisation Oxfam zur Reichtumsverteilung belegen, ist unser Wirtschaftssystem tödlich und mit den Grundsätzen einer Demokratie nicht vereinbar. Die 85 reichsten Menschen besitzen die halbe Welt beziehungsweise denselben Wohlstand wie die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung beziehungsweise dreieinhalb Milliarden Menschen. Diese perverse und nutzlose Anhäufung von Reichtum in den Händen einer Minderheit übertrifft die schlimmsten Zustände einer Oligarchie und ist sonst nur in Diktaturen anzutreffen.

In Davos treffen sich Eliten aus Politik und Wirtschaft, die für diesen Raubzug verantwortlich sind. Daher ist es nur

konsequent, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Weltwirtschaftsforum teilnimmt. Unter seiner Führung entgehen Deutschland jährlich 160 Milliarden Euro bzw. ein halber Staatshaushalt durch Steuerhinterziehung und -vermeidung. Es gilt: Wer betrügt, fliegt nach Davos.

Allein das Vermögen der europäischen Millionäre und Multi-Millionäre übertrifft mit 17 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller 28 EU-Staaten. Wer Millionäre nicht besteuert, sollte zur Krise und Staatsverschuldung schweigen. DIE LINKE fordert eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre.«

22.01.2014

Mit uns keine bewaffneten Kriegseinsätze

Auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus bezog der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Rixinger, am 27.07.2014 angesichts der zunehmenden Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr deutlich Position:

»Ich kann für DIE LINKE ausschließen, dass die Bundeswehr irgendwann mit unseren Stimmen in einen bewaffneten Kriegseinsatz geschickt wird.«

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
 Di., 18.02.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Mi., 19.02.: 18:30 Uhr **AG Soziales**
 Di., 25.02.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mo., 03.03.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
 Di., 11.03.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mi., 19.03.: 18:30 Uhr **AG Soziales**

Nächster Treff »Linksrum«:
 am Donnerstag, dem 27. Februar, um 18:30 Uhr
 in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Hehre Gründe

Ex-Kanzleramtschef Ronald Pofalla kann die Aufregung über seinen Wechsel in den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn nicht nachvollziehen: »Ich habe niemals daran gedacht, Politik und Wirtschaft miteinander zu verquicken. Mir ging es immer nur ums Geld. MK

Geburtstag

24.01.: 61 Jahre Margit Krüger
 24.01.: 87 Jahre Helga Rubin
 10.02.: 80 Jahre Ingeborg Jarmusch
 13.02.: 72 Jahre Erika Schmotz
 25.02.: 86 Jahre Helga Schahn
 05.03.: 62 Jahre Gabriele Otto
 08.03.: 84 Jahre Horst Rubin
 10.03.: 74 Jahre Peter Weidner
 11.03.: 65 Jahre Gudrun Lacase

*Herzlichen Glückwunsch,
 unserer Jubilarin, auch all jenen,
 die hier nicht genannt sind!*

Mal was anderes

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD trägt den absichtsvollen Titel: »Deutschlands Zukunft gestalten«. Offensichtlich glaubt die neue Regierung, sie sei die erste, die Einfluss auf die Zukunft unseres Landes nehmen könnte. MK

Sozialsprechstunde

am Montag, dem 10.02. und 10.3.2014,
 ab 11:30 bis ca. 15:30 Uhr in der Geschäftsstelle
 der LINKEN, Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
 telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
 Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr



Aus »Eulenspiegel« Nr. 2/14

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.